

Antrag

öffentlich

Datum

19.10.2018

Nummer

A0140/18

Absender

Fraktion LINKS für Magdeburg/Tierschutzpartei

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates
Herr Schumann

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

01.11.2018

Kurztitel

Strategische Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der
Landeshauptstadt Magdeburg und deren Umland sowie
Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen**Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg beschließt:**

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den unmittelbar an das Gebiet der Landeshauptstadt Magdeburg angrenzenden Gemeinden Sondierungsgespräche bzw. Verhandlungen aufzunehmen, die es der Landeshauptstadt Magdeburg ggf. gemeinsam mit interessierten Umlandgemeinden ermöglicht, Flächen für Großunternehmensansiedlungen in vertretbaren Zeiträumen, flexibel anbieten zu können.
2. Der Oberbürgermeister wird gebeten, hierzu sowohl Kooperationen als auch Flächenübernahmen zur Diskussion zu stellen. Langfristig und mit Blick auf südlich angrenzende Gemeinden sollten auch Möglichkeiten und Grenzen von Eingemeindungsangeboten erörtert werden.
3. Der Oberbürgermeister wird gebeten, über seine Aktivitäten bzw. ggf. erreichte Ergebnisse und Erkenntnisse bis Ende des ersten Quartals 2019 dem Stadtrat zu berichten.

Begründung:

Im Ergebnis des Prüfauftrages für Ansiedlungsmöglichkeiten des E-Auto-Riesen TESLA (A0097/18 bzw. I0251/18) wurde deutlich, dass die Landeshauptstadt über eine Reihe wichtiger Infrastrukturfaktoren für die Ansiedlung bedeutender Produktionsunternehmen bereits verfügt. Demgegenüber scheint jedoch die Wettbewerbsfähigkeit der Landeshauptstadt und der unmittelbar angrenzenden Umlandgemeinden in Bezug auf deren vorhandene Kapazitäten und damit die Flexibilität, markt- und wettbewerbsgerecht auf Flächenbedarfe von produzierenden Großunternehmen reagieren zu können, zunehmend an Grenzen zu stoßen.

Ursachen hierfür scheinen u. a. auch territorial-, eigentumsrechtliche- bzw. zuständigkeitsbedingte Grenzen sowie die allmählich erreichte Ausschöpfung eigener flächenmäßiger Expansionsmöglichkeiten zu sein. Letzteres betrifft augenscheinlich insbesondere die Möglichkeiten der Landeshauptstadt.

Als Voraussetzung für die Schaffung bzw. Verbesserung von Flächenangeboten der Stadt und der Umlandgemeinden halten die Antragsteller weitere oder erneut aufzunehmende

Evaluierungen, sowohl auf dem stadteigenen Territorium als auch gemeinsam mit den Umlandgemeinden, für geboten.

Hintergrund und Zielstellung des Antrages ist, für die Ansiedlung von Großunternehmen Produktionsflächenangebote und Infrastruktur möglichst flexibel unterbreiten bzw. vorhalten zu können. Die Antragsteller verbinden damit vor allem die Erwartungen an die Schaffung und spätere Erhaltung innovativer, langfristiger, gut bezahlter Beschäftigungsverhältnisse sowie Synergieeffekte für bereits vorhandene Wissenschaftseinrichtungen, Mittelstandsunternehmungen und vielfältige Dienstleister.

Frank Theile
Fraktionsvorsitzender